PB.I-01-678

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Christ*innen
Beschlussdatum:	23.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 677 bis 679 einfügen:
umfassenden Aufklärung ist die Prävention entscheidend. Präventive Maßnahmen wie verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße politische Bildung sind überfällig. Wir setzen uns für die Anhebung des Rekrutierungsalters der Bundeswehr auf 18 Jahre und ein Verbot von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen ein. Die verschiedenen Freiwilligenprogramme (Bufdi, FSJ, Ziviler Friedensdienst etc.) sollen mit dem „Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz“- finanziell und organisatorisch gleichgestellt werden. Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.

Begründung

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht rekrutiert die Bundeswehr verstärkt Minderjährige. 2019 waren es 1.706 minderjährige Soldat*innen. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Kinderkommission des Bundestages haben die Bundesregierung wiederholt im Sinne dieses Antrags aufgefordert, tätig zu werden. Es wirkt zudem wenig glaubwürdig, wenn Deutschland sich dafür einsetzt, dass Länder wie Somalia oder Afghanistan keine unter 18-Jährigen mehr in ihre Armeen aufnehmen, solange die Bundeswehr das selbst tut. Deutschland sollte sich den 150 Ländern anschließen, die auf minderjährige Soldat*innen verzichten.

Das hohe Interesse am Heimatschutz-Programm ist ein guter Indikator dafür, dass sich junge Menschen gerne für zivile Aufgaben begeistern lassen, wenn die Voraussetzungen stimmen. Die Bevorzugung einer „Bundeswehr light“ gegenüber anderen Freiwilligen-Programmen ist für uns nicht hinnehmbar.